

Schweiz



Seine Sanitas ist bei weitem nicht die grösste Krankenkasse – aber CEO Andreas Schönenberger erhält mit Abstand den höchsten Lohn. Foto: Iwan Städler

Verdienen die Chefs der Krankenkassen zu viel?

Parlamentarier fordern Lohndeckel Fast eine Million Franken erhält der Chef der Sanitas pro Jahr – rund doppelt so viel wie ein Bundesrat. Doch nun regt sich Widerstand.

Iwan Städler

Viele Familien wissen kaum mehr, wie sie die Krankenkassenprämien bezahlen sollen. Es wird Jahr für Jahr schwieriger. In diesem Januar sind die Prämien um durchschnittlich 6,6 Prozent gestiegen. Und die nächste Hiobsbotschaft folgt schon bald: Im Herbst wird Gesundheitsminister Alain Berset einen weiteren markanten Schub bekannt geben müssen. Das ist aufgrund der stark steigenden Gesundheitskosten bereits absehbar.

Kein Problem mit dem Bezahlen der Prämien haben die Krankenkassen-Chefs. Sie lassen sich fürstlich entlohnen, wie unsere Übersicht zeigt. Die Zahlen stammen aus den Geschäftsberichten für 2022, die kürzlich erschienen sind. Dort müssen die Versicherungen die Gesamtvergütung ihrer obersten Chefs ausweisen. Einzig die Assura mag ihre CEO-Entschädigung für 2022 noch nicht nennen. Bei ihr haben wir daher auf die Vergütung von 2021 zurückgegriffen.

Mit Abstand am meisten verdient der Chef der Sanitas. Im vergangenen Jahr erhielt er 956'486 Franken – rund doppelt so viel wie ein Bundesrat und in etwa gleich viel wie die Chefs von SBB und Post. Nur haben die beiden Bundesbetriebe viel mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als die Sanitas.

Auch innerhalb der Krankenkassen-Branche fällt Schönenbergers Entschädigung auf. Sie liegt deutlich über den Chefgehältern der Konkurrenz, obwohl die Sanitas nicht einmal halb so viele Grundversicherte hat wie die CSS oder die Helsana. Die Gründe dafür behält die Krankenkasse für sich. Sie verweist lediglich

darauf, dass der Verwaltungsrat über die Vergütung entscheide.

Andreas Schönenberger war vor seinem Wechsel in die Krankenkassen-Branche Chef des Telecomanbieters Salt. Sein Vorgänger bei der Sanitas verdiente gut halb so viel wie jetzt dessen Nachfolger. Auffällig ist der hohe Pensionskassenbeitrag, den die Sanitas für Schönenberger entrichtet. Er belief sich im letzten Jahr auf 179'348 Franken und war damit in etwa gleich hoch wie in den Vorjahren. In unserer Übersicht ist dieser Betrag bereits berücksichtigt, da wir bei allen Krankenkassen-CEO die Gesamtentschädigung zeigen.

Saläre der Chefs sollen gedeckelt werden

Sämtliche Chefs der zehn grössten Krankenkassen verdienen mehr als ein Bundesrat (aktuell 468'276 Franken). Wobei bei diesem Vergleich Vorsicht angebracht ist. Erhalten doch die Mitglieder der Landesregierung nach

ihrem Rücktritt eine grosszügige Bundesratsrente. Deren Finanzierung ist in der offiziellen Vergütung nicht berücksichtigt. Ebenso wenig wie weitere Annehmlichkeiten – etwa das kostenlose SBB-Generalabonnement erster Klasse.

Viele Parlamentarierinnen und Parlamentarier stören sich an den hohen Bezügen der Krankenkassen-Chefs. Der Nationalrat hat daher im letzten Herbst einen Vorstoss überwiesen, der die Löhne deckeln will. Künftig soll eine Kasse maximal 250'000 Franken pro Jahr entrichten dürfen – inklusive Vorsorgebeitrag und Nebenleistungen.

Urheber dieser Motion ist SVP-Fraktionschef Thomas Aeschi. Da sowohl die Linken als auch die grosse Mehrheit der SVP dem Vorstoss zugestimmt haben, erreichte er im Nationalrat eine Mehrheit von 113 zu 74 Stimmen. Auch einzelne Mitte-Vertreter drückten den Ja-Knopf – darunter Parteipräsident Gerhard Pfister.

Der CEO der Sanitas verdient mit Abstand am meisten

Krankenkasse	Anz. Grundversicherte	CEO	Entschädigung 2022, in CHF
Sanitas	587'239	Andreas Schönenberger	956'486
Groupe Mutuel	931'317	Thomas Boyer	783'348
Assura*	905'738	Ruedi Bodenmann	767'334
Helsana	1'403'612	Roman Sonderegger	750'880
Swica	833'163	Reto Dahinden	735'658
CSS	1'510'341	Philomena Colatrella	725'131
Visana	628'940	Angelo Eggli	615'910
Concordia	598'024	Nikolai Dittli	531'375
KPT	357'244	Thomas Harnischberg	524'000
Sympany	346'908	Michael Willer	472'552

* 2021 (Angaben für 2022 fehlen noch)

Gratifik: vif / Quelle: Geschäftsberichte, BAG, Tamedia-Recherche

Der Bundesrat «kann die krische Haltung betreffend eini sehr hohe Entschädigung nachvollziehen». Ihm widerstre aber der Eingriff in die unternehmerische Freiheit. Kommt hinzu dass die Versicherten ihre Krankenkasse wechseln können, weil sie die Entschädigung des CE für überrissen halten.

Und was gilt für die private Zusatzversicherungen?

Sollte auch der Ständerat die Lohndeckel zustimmen, wäre d Bundesrat freilich verpflichtet diesen einzuführen. Die vorbereitende Gesundheitskommission der kleinen Kammer empfahl zwar die Motion zur Ablehnung will also den Lohndeckel nicht bei 250'000 Franken festlege. Gleichzeitig sagt die Kommission aber Ja zu einer parlamentarischen Initiative, die das Bestimmen der Höhe des Maximallohns dem Bundesrat überlässt. Auf diesen Vorstoss hat der Nationalrat bereits gutgeheissen.

«Die Kommission erachtet d wachsenden Entschädigungen diesem geschützten Markt a gesichts der steigenden Krankenkassenprämien als störend schrieb sie gestern in ihrer Mitteilung. Die nationalrätliche Gesundheitskommission kann n eine Vorlage zur Plafonierung d Chefgehälter ausarbeiten. Das wird sie auch klären müssen, d der Deckel nur die Grundversicherung umfassen soll oder auch die Zusatzversicherungen d Kassen. Bleiben die privaten Zusatzversicherungen frei, könnten die Krankenkassen versucht sei die Differenz zum Maximallohn auf diesem Weg auszus zahlen. obläge dann den Aufsichtsbehörden, allfällige Missbräuche zu verbinden.

Fake News aus Stäfa in allen Briefkästen

Klimaschutz Gegner der Vorlage verschicken einen Flyer. Wer steckt dahinter?

Die Klimaerwärmung sei nicht menschengemacht und stelle keine Bedrohung dar, denn die Erwärmung fördere den Pflanzenwuchs: Das steht auf dem Flyer, der dieser Tage in allen Briefkästen landete. Das Klimagesetz sei in Wahrheit ein Verbots- und Verarmungsgesetz. Schuld daran: «amerikanische Milliardäre».

Absender ist ein Komitee aus Stäfa mit dem Namen «Rettung Werkplatz Schweiz». Dieses tritt nicht zum ersten Mal in Erscheinung. Schon in früheren Abstimmungskämpfen – etwa zur Durchsetzungs- und zur Konzernverantwortungsinitiative – ist es aktiv geworden. Wer verantwortlich ist, lässt sich seiner Website nicht entnehmen. Doch bei früheren Aktionen wurde bekannt, dass es sich um Kurt Zollinger handelt, den ehemaligen Präsidenten der SVP Stäfa.

Zollinger streitet seine Beteiligung nicht ab, sagt aber, es gebe «mehrere treibende Kräfte». Wer das ist und wer die Aktion finanziert, will Zollinger nicht preisgeben: «Es sind viele.» Darunter dürften auch Grossspender sein: Allein der Versand kostet über 600'000 Franken, hinzu kommen die Druckkosten. Fachleute schätzen die Gesamtkosten auf rund eine Million.

«Immer schriller»

Die SVP beteiligt sich laut Zollinger nicht finanziell. Doch der Inhalt sei mit der Mutterpartei abgesprochen. Tatsächlich ist auf der Website des Werkplatz-Komitees auch das Argumentarium der SVP zu finden. Anders als auf dem Flyer ist darin jedoch weder von positiven Folgen des Klimawandels noch von einer Verschwörung von US-Milliardären die Rede.

SP-Co-Präsidentin Mattea Meyer sieht im Flyer einen neuen Tiefpunkt im Abstimmungskampf: «Den Gegnerinnen und Gegnern fehlen offensichtlich

Argumente, da das Klimaschutzgesetz die Menschen beim Ersatz von alten Öl- und Gasheizungen finanziell entlastet. Deshalb greifen sie zu immer schrilleren Mitteln und Fake News.»

Doch geht die Strategie auf? Politgeograf Michael Hermann bezweifelt, dass die Gegner mit dem «dubiosen» Komitee ihr Ziel erreichen. Zwar könnten Nebenkomitees durchaus Wirkung erzielen, sagt er. Dafür müsse aber der Name geschickt gewählt werden. Die Sorge um den Werkplatz stehe zurzeit nicht im Vordergrund. Beim Inhalt macht Her-

Allein der Versand kostet über 600'000 Franken, hinzu kommen die Druckkosten.

mann ebenfalls «handwerkliche Fehler» aus. «Diese Abstimmung wird in der Mitte entschieden», sagt er. Wirkungsvoll wäre deshalb ein Inhalt, der ein breiteres Publikum anspreche – also auch Personen, die nicht SVP wählen. Das sei hier nicht der Fall. Im Gegenteil: Der Inhalt des Flyers sei noch radikaler und rechter als die SVP-Nein-Kampagne.

Mehr Wirkung könnte laut Hermann die Strategie des SVP-Nein-Komitees entfalten. Dieses suggeriert, bekannte Organisationen und Personen bekämpften das Gesetz. So verbreitet es mit dem Logo des Mieterverbandes das Zitat «Die Mieten werden schon bald massiv ansteigen». Der Mieterverband schrieb dazu auf Twitter: «Was für eine Frechheit: (...) Wir sagen klar Ja zum Klimaschutzgesetz.»

Charlotte Waiser

Zustimmung zum Klimaschutzgesetz bröckelt

Zweite Umfragewelle In weniger als einem Monat entscheidet die Schweizer Stimmbevölkerung über drei nationale Vorlagen: die OECD-Mindestbesteuerung, das Klimaschutzgesetz und das Covid-19-Gesetz. Gemäss der zweiten Welle der Abstimmungsumfragen von «20 Minuten» und Tamedia verfügen alle drei Vorlagen über eine Ja-Mehrheit – allerdings deutet die Dynamik im Vergleich zur ersten Welle auf eine abnehmende Unterstützung hin. Das Covid-Gesetz bildet die Ausnahme.

Weiterhin sehr solide ist die Zustimmung zur OECD-Mindeststeuer für international tätige Konzerne. Drei Viertel, 75 Prozent, sagen Ja dazu. Vor einem Monat waren es noch 77 Prozent. Die Vorlage genießt in allen Bevölkerungsgruppen und bei allen Parteien eine hohe Zustimmung.

Die beiden anderen Vorlagen polarisieren stark. Dies sagen die Politologen Lucas Leemann und Fabio Wasserfallen, die mit ihrem Büro Leewas die Umfrage durchgeführt haben.

Zwar befürworten immer noch 55 Prozent das Klima- und Innovationsgesetz. Das sind aber

drei Prozentpunkte weniger als Ende April (58 Prozent). Die Stimmabsichten verlaufen entlang klarer parteipolitischer Bruchlinien. Die Sympathisanten und Sympathisanten der SP, der Grünen und der Liberalen unterstützen die Vorlage stark, jene der Mitte mehrheitlich. Die SVP-Basis hingegen lehnt die Vorlage mit 86 Prozent Nein deutlich ab. Bei der FDP ist die Basis nach wie vor praktisch hälftig gespalten: 46 Prozent sagen Ja, 49 Prozent sind dagegen.

Wenige Unentschlossene

Die Verlängerung einzelner Bestimmungen zur Pandemiebekämpfung von Covid-19 bis Ende 2024 ist die einzige der drei Vorlagen, bei der die Zustimmung zugenommen hat. Sie ist von 52 auf 56 Prozent gestiegen. Verglichen mit der ersten Umfrage sind die Unentschlossenen von 6 auf 2 Prozent geschrumpft. Die SVP-Basis spricht sich mit 76 Prozent Nein deutlich gegen das Covid-Gesetz aus. Die Zustimmung ist in der ältesten Altersgruppe mit 70 Prozent am höchsten.

Edgar Schuler